Resistance

“Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht”
Bertolt Brecht

Nr. 15, Dezember 2019

DIE KLIMAKATASTROPHE UND IHRE FOLGEN

Die ganze Welt redet über den Klimawandel, jedoch ist vielen nicht bekannt, worum es sich dabei eigentlich handelt. Weshalb erwärmt sich unsere Erde? Was sind die Ursachen? Was sind die Folgen? Und wie kann man das Problem lösen? Diesen Fragen haben wir uns in den folgenden Zeilen gestellt.

Unsere Erde ist umzingelt von sogenannten Treibhausgasen, wie z.B. Kohlenstoffdioxid, Methan, Ozon, Lachgas oder Wasserdampf. Diese Gase gab es schon immer, das heißt sie kommen auf der Erde natürlich vor. Trotzdem wird unterschieden zwischen natürlichen und anthropogenen Treibhausgasen, also menschengemachten Treibhausgasen. Damit ist allerdings nicht gemeint, dass wir Menschen zusätzlich neue Treibhausgase erfunden haben, sondern dass wir durch die Industrie, den Verkehr etc. eine größere Anzahl an Treibhausgasen in die Luft setzen, als sie in der Natur vorkommen.

Treibhausgase sind im Grunde genommen nicht schlecht für unsere Erde; im Gegenteil, ohne sie wäre ein Leben für uns und die meisten Tiere und Pflanzen unmöglich. Das liegt daran, dass Treibhausgase verhindern, dass Sonnenstrahlen, die auf unsere Erde gelangen, nicht wieder zurück ins Weltall reflektiert werden. Dadurch erhält unsere Erde ausreichend Wärme. Ohne die Treibhausgase würde auf der Erde eine Durchschnittstemperatur von ca. -18°C herrschen, wodurch z.B. das Anbauen von Nahrungsmitteln so gut wie unmöglich wäre.

Seit den 60er Jahren erkennen wir allerdings, dass jede vergangene Dekade wärmer als die vorherige war. Die Temperaturen steigen so schnell, wie es noch nie zuvor beobachtet wurde - hier kommen also die anthropogenen Treibhausgase ins Spiel. Seit der Industrialisierung stoßen unsere Fabriken und der Verkehr immer mehr Treibhausgase aus. Dementsprechend verdichtet sich die Schicht um unsere Welt und folglich können immer weniger Sonnenstrahlen entfliehen. Stattdessen werden sie zurück auf die Erde gestrahlt, was zu einer Erderwärmung führt, die wir schon in großen Maßen zu spüren bekommen haben.

Die Folgen der Klimakatastrophe haben schon vielen Menschen, Tieren und Arten das Leben und die Heimat gekostet. Eines der größten Probleme sind die Waldbrände, denn es werden nicht nur mehr Treibhausgase durch die Brände ausgestoßen, auch kann kein CO_2 mehr von den Bäumen gespeichert werden. Davon abgesehen verlieren Menschen, Tiere, Pflanzen und Insekten ihren Lebensraum - und oft auch ihr Leben. Genauso wird das Leben an vielen Orten durch Dürren schwer; Ernten vertrocknen; Tiere und Menschen verdursten und es gibt bereits Hungerkriege in ärmeren Ländern. Auch bei uns werden die Lebensmittelpreise hoch ansteigen, da die Produktion erschwert wird. Durch die Landwirtschaft, die zahlreiche Pestizide anwendet um größere Mengen an Nahrung produzieren zu können, ist nicht nur die Gesundheit der Käufer und der Landwirte gefährdet; es führt zusammen mit den Waldbränden auch zu einem enormen Insektensterben. Insekten und Bienen sind besonders wichtig für uns, denn ohne sie ist die Bestäubung von Pflanzen, in dem Ausmaß wie wir es benötigen, nicht möglich. Ohne sie wird der Anbau von Nahrungsmitteln noch schwieriger als zuvor. Durch den steigenden Meeresspiegel werden zahlreiche Orte überflutet. Wenn die Temperaturen weiterhin steigen, wird das Leben an vielen Küstenregionen nicht mehr möglich sein und die überlebenden Menschen werden zur Flucht gezwungen. Reichere Länder ergreifen seit Jahren Maßnahmen gegen die Überschwemmungen, indem sie große Dämme bauen. Gleichzeitig sind es aber die reicheren Länder, die die meisten Treibhausgase verursachen.

WER PROFITIERT VOM KLIMAWANDEL?

Zu den größten Ursachen der Klimakatastrophe zählt unter anderem die Verbrennung von fossilen Brennstoffen zur Energiegewinnung. Neben Erdöl und Erdgas zählt auch Braunkohle dazu, für die z.B. der Hambacher Wald gerodet wird. Ganz vorne dabei ist der Energiekonzern RWE. Das rheinische Braunkohlerevier ist die größte CO_2-Quelle Europas. Die Industrie und der Verkehr haben ebenfalls große Auswirkungen. Vor allem in reicheren Ländern werden durch den starken Verkehr und die vielen Verkehrsmittel mehr Treibhausgase ausgestoßen. Ein weiterer großer Faktor ist außerdem die Massentierhaltung, aufgrund derer immense Waldflächen, die notwendig für die Speicherung von CO_2 sind, z.B. für den Futteranbau gerodet werden.

Wenn wir unsere Umwelt weiterhin so belasten, laufen wir geradewegs auf eine unumkehrbare Katastrophe zu, die unseren Planeten unbewohnbar machen wird. Schon jetzt verlieren wir täglich Mitmenschen an den Folgen der menschengemachten Erderwärmung. Die Weltpolitik rührt sich nicht und das wird sie nicht, solange hinter der Zerstörung unserer Umwelt und damit des Lebens von Millionen Menschen und Tieren Profitinteressen stecken. In einer Gesellschaft, die durch ein Wirtschaftssystem geprägt ist, welches das Geld vor das Gemeinwohl stellt, wird es keine Lösung für die Klimakatastrophe geben. Eine grundlegende Prioritätsfrage muss gestellt werden und vor allem muss erkannt werden, dass die weitere Zerstörung niemandem dient, außer den Konzernchefs, den Lobbyisten und den Banken - also 1% der Bevölkerung.

Rechts-Staat Deutschland

Brennende Flüchtlingsheime, Erstarken von faschistischen Organisationen, Drohungen und Gewalt gegen Migranten oder fortschrittlichen Menschen, Amokläufe und gezielte Ermordungen; die rechte Gefahr ist erneut in einer Wachstumsphase und scheint keine großen Hindernisse vor sich zu haben. Im Schutze der „Meinungsfreiheit“ sitzen Faschisten heute wieder mit Anzügen im Parlament und zahlreichen Landesregierungen. Gleichzeitig werden überall rechte Aufmärsche und Veranstaltungen gewährt, die „zufälligerweise“ am Geburtstag von Adolf Hitler oder am Jahrestag der Reichspogromnacht stattfinden. Hat das alles noch mit Demokratie zu tun?

Etwa 500 gesuchte Neonazis in Deutschland konnten nach Angaben der Polizei untertauchen und sind momentan auf freiem Fuß. 657 Haftbefehle konnten bisher nicht vollstreckt werden. Im März 2019 lagen die offenen Haftbefehle bundesweit bei 185.736; das sind 10.000 mehr als im Vorjahr. Trotz der härtesten Polizeigesetze seit 1945 und massiven Überwachungsmöglichkeiten hat der Staat den organisierten Faschismus nicht im Griff. Oder will er ihn vielleicht gar nicht aufhalten?

Die intensive Zusammenarbeit des deutschen Staates mit faschistischen Kräften liegt nicht nur in der NS-Vergangenheit oder in der Nachkriegszeit, wo nach der Gründung der BRD haufenweise Kader der NSDAP in den deutschen Staatsapparat aufgenommen wurden. Vor allem bei den NSU Morden in den Jahren 2000-2006 kommen dunkle Erinnerungen hoch, wenn man bedenkt, dass der Staat und seine Organe auch im 21. Jahrhundert die Verbrechen einer rechten Terrorgruppe jahrelang verschwiegen, deckten und sogar unterstützten. Das riesige organisierte Netzwerk von NSU-Unterstützern wurde nie zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen wurden nur drei Neonazis zu den alleinigen Tätern der Mordserie erklärt. Ganz zu schweigen vom Verfassungsschutz, der Staatsanwaltschaft, den Staatssekretären, Innenministern und Polizisten, die das Aufdecken der Verbrechen und der Hintermänner bewusst verhinderten. Auffällig ist dabei auch der „mysteriöse“ Suizid von fünf wichtigen Zeugen im NSU-Prozess. (Alle Details im Tribunal *NSU-Komplex auflösen*)

Doch damit nicht genug: Im August 2019 erhielt Seda Basay-Yildiz, die Anwältin eines der NSU Opfer, Drohschreiben mit der Unterschrift „NSU 2.0“. Ermittlungen ergaben anschließend, dass sie auf mehrere Frankfurter Polizisten zurückzuführen waren, die unter anderem in Chatgruppen rassistische Inhalte verbreiteten und sich Nazisymbole zuschickten. Des Weiteren wurden in den letzten Jahren mehrere von Rechtsradikalen geführte Todeslisten bekanntgegeben, in denen Namen und Adressen von Journalisten, Abgeordneten und insbesondere linken Aktivisten zu finden waren. Aber bürgerliche Politiker wie Lorenz Caffier von der CDU behaupteten dann, dass z.B. für die 25.000 aufgeführten Personen aus der Todesliste des „Nordkreuz“ keine konkrete Gefahr bestehe und man den

Begriff „nach Einschätzung aller an dem Verfahren beteiligten Behörden konsequent zurückweisen“ könne. Dass diese Behörden, die Politik und die Medien damals schon die NSU-Morde verharmlost und sie den Familien der Opfer selbst in die Schuhe geschoben haben, ist heute bekannt. Es wurde und wird also immer noch nicht von staatlicher Seite aus konsequent gegen rechten Terror vorgegangen.

Auf der anderen Seite sieht es jedoch so aus: Im Gegensatz zu den untergetauchten Neonazis konnte der deutsche Staat nach den G20-Protesten 2017 die Bilder von insgesamt 334 Personen mithilfe einer Gesichtserkennungssoftware veröffentlichen und fünf Fahndungsaktionen starten. Mehr als 3.500 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet und die Staatsanwaltschaft hat in 2.443 Fällen Verfahren eröffnet. Das ist nur eines von vielen Beispielen, die aufzeigen, dass der Staat vor allem systemkritische Menschen und Organisationen im Visier hat. Auf dem rechten Auge ist er keinesfalls blind; er hält es nämlich bewusst geschlossen. Schließlich zielt der Faschismus nicht auf die Abschaffung des Kapitalismus ab, sondern auf seine radikalste Verteidigung.

Folglich ist vom Staat keine konsequente Bekämpfung des Faschismus zu erwarten. Sie kann daher nur die Aufgabe derjenigen sein, die tagtäglich den Ungerechtigkeiten des Systems ausgesetzt sind: Arbeiter und Arbeitslose, Werktätige, Frauen, die Jugend, Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund. Dieser Kampf ist gerechtfertigt und notwendig, denn beim Faschismus handelt es sich eben nicht um Meinungsfreiheit, sondern um einen Aufruf zu Hetze, Verfolgung und Mord. Die Methoden der Faschisten haben sich zwar geändert, doch das Ziel bleibt gleich. Dies hat uns die Geschichte traurigerweise oft genug gelehrt.

Azubi-Mindestlohn - Ein Fortschritt?

Ab 2020 soll der Mindestlohn für Auszubildende eingeführt werden. So sollen sie im ersten Lehrjahr 515€ monatlich verdienen. Bisher gab es keine einheitliche Regelung für die Untergrenze des Lohnes der Auszubildenden. Ende 2017 verdienten noch etwa 115.000 Azubis weniger als 500€ monatlich. Mit dem neu beschlossenen Mindestlohn geht eine Staffelung einher, sodass dieser in den nächsten Jahren bis auf 620€ ansteigen soll. Auch im zweiten und dritten Lehrjahr wird das Gehalt erhöht. Geht man davon aus, dass es bisher keinen Mindestlohn gab, scheint dies natürlich ein Fortschritt zu sein.

Betrachtet man es aber aus dem Blickwinkel, dass Azubis mit einem Lohn von 515€ bei einer 40-Stunden-Woche nur 3€ pro Stunde verdienen und das dies nicht mal ein Drittel des aktuellen gesetzlichen Mindestlohns von 9,19€ darstellt, ist das nichts als gnadenlose Ausbeutung! Ganz abgesehen davon, dass man mittlerweile in Deutschland mit 515€ im Monat auch nicht wirklich weit kommt. Außerdem hat die Azubi-Mindestlohnregelung ihre Lücken, da Unternehmer und Gewerkschaften für einzelne Branchen eigene Vereinbarungen treffen können. Selbst wenn man damit argumentieren mag, dass Azubis noch nicht „voll arbeiten“, weil die Ausbildung noch nicht abgeschlossen ist, darf man nicht vergessen, dass sie dennoch abzüglich der Berufsschulzeiten eine Vollzeitkraft sind, die den Unternehmen durch ihre Arbeit tagtäglich den Profit vermehrt. Die vorherrschende Selbstverständlichkeit von Azubis als Billigarbeitskraft oder auch Praktikanten als kostenlose Arbeitskraft dient letzten Endes nur den Taschen der Chefetagen, welche diese „Tradition“ mit aller Kraft aufrechterhalten wollen.

Der Machtwechsel in Bolivien und seine Unterstützer

Am 20. Oktober 2019 erreichte der linke bolivianische Präsident Evo Morales bei den Präsidentschaftswahlen mit 47% der Stimmen erneut einen Wahlsieg. Der reaktionäre und proamerikanische Gegenkandidat Carlos Mesa unterlag mit 36,5%. Mesa warf daraufhin Morales vor, dass die Wahl manipuliert wurde und rief seine Anhänger mit der Unterstützung von Polizei und Militär zum Protest auf die Straßen. Nachdem dann Teile der Armee, die staatlichen Sicherheitskräfte und die von ihnen geduldeten Paramilitärs mit ihrer rechten Positionierung den Nährboden für einen Putsch vorbereitet hatten, wurde der amtierende Präsident zum Rücktritt gedrängt. Dieser flüchtete schließlich ins mexikanische Exil.

Jeanine Añez, welche sich zur Übergangspräsidentin erklärt hat, stellt das genaue Gegenteil von Morales dar. Bereits jetzt greift sie die politischen und sozialen Errungenschaften der ärmeren Teile der Bevölkerung an. Gewalttaten gegenüber Anhängern von Morales schenkte sie offiziell Straffreiheit. „Gott und Gerechtigkeit werden euch richten“ drohte sie ihren politischen Feinden und zeigte sich bei ihrem ersten großen Auftritt mit der Bibel in der Hand. Dies weckt dunkle Erinnerungen an die Zeit, als die Spanier nach Amerika kamen und den Indigenen die Überlegenheit des christlichen Glaubens klarstellen wollten. Dies passt auch zu Añez‘ rassistischer Haltung gegenüber den Indigenen. Durch sie gibt es nun keine Indigenen mehr in der Regierung, obwohl sie fast 60% der bolivianischen Bevölkerung ausmachen. Der Anteil der Weißen dagegen liegt gerade mal bei 15%.

WIESO DIE REGIERUNG GESCHEITERT IST

Evo Morales wurde im Jahr 2006 zum ersten indigenen Präsidenten der Geschichte Boliviens gewählt. Als Führungsperson der Partei *MAS (Movimiento al Socialismo*) übte er fast 14 Jahre dieses Amt aus. In dieser Zeit senkte er die Armut enorm, baute er das Bildungs- und Gesundheitssystem aus und verschaffte der jahrhundertelang seitens der Kolonialisten und Imperialisten erniedrigten indigenen Bevölkerung die nötige Achtung. Direkt nach seinem Amtsantritt erfüllte er sein Versprechen und verstaatlichte die Bodenschätze Boliviens; Öl, Gas und vor allem das größte Lithium-Vorkommen der Welt. Durch die Verstaatlichung kamen die Gewinne aus dem Export auch der armen und indigenen Landbevölkerung zugute.

Trotz dieser fortschrittlichen Punkte handelte es sich dabei höchstens um eine soziale Regierung und nicht um ein sozialistisches System. Darin liegt auch der Knackpunkt für das Scheitern, denn von Anfang an wurde mit dem Konzept des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ auf eine reformistische und „friedliche“ Lösung gesetzt, bei der die Beziehungen zu den imperialistischen Großmächten größtenteils unangetastet bleiben. Zwar distanzierte sich die Morales-Regierung klar vom bisherigen Hauptfeind der lateinamerikanischen Völker, den USA, doch auf der anderen Seite bot man imperialistischen Ländern wie Russland oder China Platz im Land. Antiimperialismus bedeutet jedoch nicht, einfach die Lager zu wechseln, sondern ein völlig neues Lager aufzuschlagen.

Mit der chinesischen Zusammenarbeit wurde der Zerstörung der Wälder für die Rindfleischproduktion grünes Licht gegeben. Dies löste bei der Bevölkerung, aber auch weltweit eine große Wut aus, denn besonders heute im Rahmen der nahenden Klimakatastrophe sind die Wälder im Amazonasgebiet überlebensnotwendig für die Menschheit. Ebenfalls für Empörung sorgte der umweltzerstörerische Lithium-Deal mit dem deutschen Unternehmen *ACI-Systems Alemania*, welcher den Abbau von 30.000 – 40.000 Tonnen Lithium aus dem Salzsee Uyuni in die Wege leiten sollte. Nur durch umweltbewusste Proteste konnte dieser Deal letzten Endes verhindert werden. Allgemein wurde unter Morales die Abhängigkeit vom Rohstoffexport gefördert, was für den Aufbau eines Sozialismus tödlich ist. Die Abhängigkeit von den Exporten verursacht nicht nur eine große Umweltzerstörung, sondern sorgt auch dafür, dass durch die schwankenden Rohstofferträge jederzeit eine wirtschaftliche Krise ausgelöst werden kann. Das beste Beispiel hierfür hat uns noch vor Kurzem Venezuela geliefert. Statt sich also auf diese Weise abhängig zu machen, würde ein sozialistisches Land den Fokus auf den Aufbau einer eigenen Industrie legen.

DIE PROFITEURE DES MACHTWECHSELS

Zu den wichtigen Akteuren hinter dem Machtwechsel zählen unter anderem reaktionäre und faschistische Kräfte. Aber besonders bei den Reichen hat sich Morales keine Freunde gemacht. Seit der Verstaatlichung der Bodenschätze war er ein Dorn im Auge der in- und ausländischen Kapitalisten. Daher überrascht es nicht, dass Luis Fernando Camacho, der Sohn vom Besitzer des verstaatlichten Gasunternehmens *Sergas*, eine der Schlüsselfiguren hinter dem rechten Machtwechsel ist. Wie bei jedem Land, was sich ihren Interessen nicht unterordnet, begrüßen natürlich auch die USA den Regime-Change in Bolivien feierlich. Ihr Hauptanliegen ist es, die Einflusserweiterung Chinas in Lateinamerika zu stoppen.

Auf der Tribüne der Jubelnden nimmt selbstverständlich auch das gekränkte Deutschland Platz, dessen Unternehmen *ACI-Systems Alemania* nicht vom Lithium-Deal profitieren konnte. Regierungssprecher Seibert bezeichnete den Regime-Change als Schritt zu einer „friedlichen Lösung“. Aber von welchem Frieden spricht er, wenn die neue Regierung nun sogenannte Antiterroreinheiten der Polizei gründet, um Repression gegen soziale Aktivisten und Kritiker einzusetzen? Bisher sind bei den Protesten gegen die neue Regierung in etwa einem Monat mindestens 33 Menschen getötet worden. Der außenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion Omid Nouripour begrüßt ebenfalls, dass sich die Polizei aktiv am Regime-Change beteiligt hat. Damit lobt er diejenigen, die Häuser von MAS-Politikern anzündeten und deren Familien terrorisierten. Auch das ist keine Überraschung, denn Nouripour ist bekannt für seine Aktivitäten in deutsch-amerikanischen Lobbyvereinen, in denen Krieg und Militarismus angesagt sind. Doch ob nun Deutschland, die USA oder der faschistische brasilianische Präsident Bolsonaro; für die Befürworter der aktuellen Geschehnisse zählen nur die eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen.

VON DER GESCHICHTE LERNEN

Wieder einmal lernen wir, dass der Weg des Reformismus und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft innerhalb der Grenzen des Kapitalismus in eine Sackgasse führen. Die Geschichte hat uns genug Beispiele dafür gegeben, dass es ohne einen radikalen Bruch mit dem imperialistisch-kapitalistischen System keinen Ausweg gibt. Das heutige Venezuela bestätigt diese Wahrheit.
Nichtsdestotrotz ist das Scheitern von Evo Morales und Co. kein Grund, um einen reaktionären Machtwechsel gutzuheißen. Die aktuelle Perspektive sollte jetzt sein, sich mit der bolivianischen Bevölkerung zu solidarisieren, gemeinsam gegen den bevorstehenden Angriff auf die sozialen Errungenschaften zu stellen und sich für eine revolutionäre Bewegung einzusetzen, die auch wirklich den antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf vorantreibt, um ein neues System zu schaffen.

Frauenmorde - Ein gesellschaftliches Problem

Die 20-jährige Studentin Ceren Özdemir wurde am 3. Dezember in Ordu, einer Stadt in der Türkei, auf dem Heimweg ermordet. Sie wurde vor ihrer Haustür angegriffen und verstarb anschließend an den mehrfachen Stichwunden am Herz und am Bauch. Der 35-jährige Mörder war schon mehrfach vorbestraft. Zuletzt soll er ein Kind ermordet haben. Am 1. Dezember floh er nach 14 Jahren Haft aus dem Gefängnis, um zwei Tage später einen weiteren Menschen, Ceren, zu töten. Beim Verlassen der Stadt mit einem Fernbus wurde er von der türkischen Polizei gefasst und verhaftet.

Die Plattform *We Will Stop Femicide* gab bekannt, dass 2019 mindestens 390 Frauen in der Türkei durch Männer ermordet wurden; 39 davon im November. Bei diesen Morden trägt in erster Linie der türkische Staat die Verantwortung. Er ist es, der das gesellschaftliche patriarchalische Denken in die Wege leitet und die Gewalt an Frauen verharmlost oder unbestraft lässt. Unzählige heuchlerische Gerichtsprozesse dienen als Beweis für dieses staatliche Verbrechen.

Doch diejenigen, die Gewalt und Mord an Frauen nur in außereuropäischen Ländern und schon gar nicht in Deutschland vermuten, irren sich gewaltig. Letztes Jahr wurden in Deutschland 122 Frauen von ihrem (Ex)-Partner getötet. Das heißt: **Alle 3 Tage stirbt eine Frau durch die Gewalt des (Ex)-Partners!** Laut dem BKA (Bundeskriminalamt) wurden 2018 insgesamt mehr als 114.000 Frauen Opfer von häuslicher Gewalt, Bedrohungen oder Nötigung durch den Ehemann, Partner oder Ex-Partner. Dabei handelt es sich nur um registrierte Fälle. Die Dunkelziffer ist deutlich höher, denn viele Frauen melden sich aus Angst vor den Folgen nicht bei der Polizei oder den Behörden.

Widerstand in Chile - Für ein bezahlbares Leben

Massenproteste, Polizeigewalt und viele Tote - seit Anfang Oktober `19 steht Chile in Brand. Seit Jahrzehnten herrscht im Land eine liberale Wirtschaftspolitik. Damit einhergehend ist die Mehrheit der Bevölkerung von Armut und sozialer Ungleichheit geprägt, welche auch Anlass für die gewaltigen Protestwellen sind. Während mehr als die Hälfte der Bevölkerung weniger als umgerechnet 500 Euro im Monat verdient, sind die Lebenshaltungskosten im Vergleich sehr hoch. Auslöser für die Proteste war eine Erhöhung der Ticketpreise für die Metro. In ganz Lateinamerika hat Chile die teuersten Preise für den öffentlichen Nahverkehr, für welchen jede geringverdienende Familie ca. 30% ihres Einkommens ausgibt. Inzwischen stehen bei den Protesten jedoch auch das private Altersversorgungssystem, die Strompreise sowie die teure Bildung und Gesundheitsversorgung im Vordergrund. Durch die steigenden Preise können sich viele Menschen das Leben in Chile nicht mehr leisten.

Da die Regierung auf die anfangs friedlichen Proteste der Bürger nicht reagierte, wurde zu radikaleren Protestmaßnahmen gegriffen. Dem Schwarzfahren und dem Anzünden einiger Busse und Metrostationen entgegnete die Regierung mit dem Ausruf des Ausnahmezustands. Seither patrouillieren zum ersten Mal nach dem Ende der Pinochet-Diktatur 1990 wieder Soldaten auf den Straßen Santiagos und es kommt immer wieder zu brutalen Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und den Protestierenden.

Das kurz darauf verfasste Änderungspaket der Regierung beinhaltete unter anderem die Erhöhung von Gesundheits- und Stromkosten um 10% zu senken, den Mindestlohn aber auch die Mindestrente zu erhöhen und die Gehälter von Beamten und Abgeordneten zu senken. Am 25. Oktober demonstrierten daraufhin über 1.2 Millionen Menschen auf den Straßen Chiles - aufgerufen zu der größten Demonstration in der Geschichte Chiles haben Gewerkschaften und Sozialorganisationen.

Innerhalb von fünf Wochen starben mindestens 23 Menschen, darunter auch ein 13-jähriger Junge. Ca. 2400 Menschen wurden verletzt, mindestens die Hälfte von ihnen durch Gummigeschosse und 35 durch Feuerwaffen der Polizei und Soldaten. Über 200 Menschen verloren eines ihrer Augen - ein Zustand, den es bisher noch nie zuvor gab. Unter den 329 Fällen in denen Anzeige gegen die Sicherheitskräfte erstattet wurde, waren 246 wegen Folter und 58 wegen sexueller Gewalt gegenüber den Protestierenden. In 12 Fällen wurde Vergewaltigung von Frauen gemeldet.

Die chilenische Bevölkerung kämpft für eine neue Verfassung in der das Leben bezahlbar und menschenwürdig ist. Doch solange dieses Ziel innerhalb des Kapitalismus angestrebt wird, bleibt es unerreichbar, denn in diesem Wirtschaftssystem bilden Armut und Existenzangst ein Naturgesetz.

Was geschah 1973 in Chile?

Am 4.9.1970 wurde das linke Bündnis Unidad Popular zur stärksten Kraft in Chile und der Antiimperialist Salvador Allende wurde zum Präsidenten gewählt. Unter der neuen fortschrittlichen Regierung wurden viele soziale Reformen eingeführt, die den Ärmeren zugutekamen. Jedoch sorgten die USA und die von ihnen unterstützten rechten Kräfte schon früh für Sabotage, Hetze und Putschversuche. Mit einem schweren Handelsembargo wollten sich die USA außerdem wegen den Verstaatlichungen der Industrie rächen. Doch überzeugt von einem „friedlichen Weg“ zum Sozialismus lehnten Salvador Allende und andere Sozialisten den revolutionären Kampf gegen die feindlichen Kräfte ab. Am 11.9.1973 stürzte ein von der CIA betriebener faschistischer Militärputsch unter General Pinochet die Regierung. Tausende Linke, Gewerkschafter, Kritiker oder fortschrittliche Künstler wurden festgenommen, gefoltert und ermordet. Daraus ergab sich die wichtige historische Erfahrung, dass für einen radikalen Systemwechsel Reformen allein nicht ausreichen, sondern eine revolutionäre Bewegung notwendig ist, die sich dem Imperialismus stellen kann.

Die Welt bebt - Friedrich Engels lebt!

2020 jährt sich der Geburtstag des in Wuppertal geborenen allbekannten Revolutionärs Friedrich Engels zum 200.Mal. Sicherlich wird es an verschiedenen Orten Veranstaltungen über ihn geben. Vor allem die Stadt Wuppertal hat sich vorgenommen, das Thema Engels zu vereinnahmen. Grund genug, um sich nochmals mit der eigentlichen Person Engels‘ zu beschäftigen.

WIE DIE STADT WUPPERTAL EINEN REVOLUTIONÄR VERMARKTEN WILL

Zwei Jahre lang haben Vertreter der Stadt Wuppertal und mehrere Wuppertaler Institutionen das Projekt *„Engels2020“* geplant. Nun ist es soweit; das gesamtstädtische Projekt beginnt ab Februar 2020. Mit rund 100 Veranstaltungen und einem Budget von über zwei Millionen Euro wird das Ziel verfolgt, Friedrich Engels zur Symbolfigur Wuppertals zu machen. Dabei soll das Leben von Friedrich Engels für eine kommerzialisierte Touristenaktration instrumentalisiert werden. So auch die Aussage der Veranstalter:

*„Da gibt es eine **Marktlücke**: Bisher wird Engels nicht mit einer Stadt verbunden. Bei Heinrich Heine denkt man an Düsseldorf, bei Goethe an Weimar und Frankfurt, bei Beethoven an Bonn.“*

In einem Programmheft für *Engels2020*, welches 60 Seiten beinhaltet, sind alle Veranstaltungen mit Kurzbeschreibungen zu finden. Kongresse, Tagungen, Ausstellungen, Theater, Tanz, Musik, Kunst, Lesungen und Open-Air-Konzerte werden ab Februar 2020 das ganze Jahr über angeboten.

Bis Anfang 2019 gab es die Möglichkeit, als Verein oder gemeinnützige Organisation Anträge auf Förderung von Projekten bezüglich Friedrich Engels zu stellen. Das Ergebnis: In fast keinem der genehmigten Projekte sind Vereine oder Menschen dabei, die links oder sozialistisch eingestellt sind. Vortragsreihen wie: *„(Un-)Gerechtigkeit, Kinderarbeit – Ausbeutung von Kindern“* oder *„Das Manifest“* hat die Jury im Vorfeld nicht zugelassen. Stattdessen wurden Projekte wie *„Friedrich Engels Hotline“* oder *„Engels 4.0 – Impulse für eine solidarische Wirtschaftspolitik im digitalen Kapitalismus“* genehmigt. Durch das *Engels2020* Projekt und seine Veranstaltungen wird deutlich, dass den Menschen eine von der bürgerlichen Politik geprägte, auf Konsum und Kommerz gerichtete Sicht über Engels vermittelt wird. Ein Revolutionär, der gegen das System kämpfte, soll also nun ins System eingegliedert werden. So auch die indirekten Worte des Projektleiters: ***„Wir wollen versuchen, Engels wieder einzubürgern.“***

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Lobby-Politiker und Fridays-for-Future Gegner wie Armin Laschet als Schirmherr für dieses Projekt ausgewählt werden. Im Vorwort des Programmheftes betont er, dass Engels *„ein Mann voller Widersprüche“* sei und es wichtig sei, *„eine kritische Auseinandersetzung mit seinem Werk“* vorzunehmen.

WIESO WERDEN SEINE VERGANGENHEIT UND SEIN LEBENSWERK NICHT GENAUER BELEUCHTET?

Selbstverständlich ist es die Aufgabe des Systems, einflussreiche und wichtige Persönlichkeiten wie Karl Marx und Friedrich Engels aus der Geschichte zu verbannen; zumindest alles Positive. Stattdessen werden Eigenschaften in den Vordergrund gerückt, die ein völlig entstelltes Bild vermitteln sollen, wie z.B. Informationen über die Affären von Marx oder den Reichtum von Engels. Um alles in der Welt darf der Mensch nicht auf die Spur der Augen öffnenden Schriften dieser zwei Köpfe kommen. Denn wie könnten sie die Menschen noch aufhalten, wenn erkannt wird, dass das „heilige System“, was sich Kapitalismus nennt, bis auf die Knochen entblößt worden ist? Wer von ihnen könnte die Revolution noch aufhalten, wenn der Großteil der Weltbevölkerung endlich begreift, dass dieses System sie zur

modernen Sklaverei verdammt hat? Eben aus diesem Grund beabsichtigen die Verteidiger des Systems mit ihren Schulen, Medien und ihrer allgegenwärtigen Propaganda, dass große Revolutionäre wie Friedrich Engels in Vergessenheit geraten.

WER UND WIE FRIEDRICH ENGELS WIRKLICH WAR

Wer sich wirklich mit Engels‘ Leben und seinen Werken wirklich kritisch auseinandersetzt wird schnell sehen, dass sich hinter der Darstellung der Mainstream Medien etwas ganz anderes verbirgt. 1820 als Sohn eines Wuppertaler Textilfabrikbesitzers geboren, rebellierte er bereits in jungen Jahren gegen Konservatismus, Bevormundung und Unterdrückung. Er kehrte der reichen Unternehmerklasse, also seiner privilegierten sozialen Herkunft den Rücken zu und widmete sein Leben selbstlos der Befreiung der Arbeiterklasse. Zusammen mit seinem Freund und Kampfgefährten Karl Marx analysierte er nicht nur das Elend der Arbeiter, sondern erkannte in ihnen die Kraft zur Befreiung der gesamten Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung. Als Ergebnis davon entwickelten sie die marxistische Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie. Dabei ist zu betonen, dass Marx und Engels keine bloßen „Theoretiker“ oder Philosophen waren, wie es Systemfreunde gerne behaupten, sondern in erster Linie Kämpfer, die die Theorie mit der Praxis verbunden hatten. So beteiligten sie sich auch aktiv in der 1848er Revolution in Deutschland und spielten eine wichtige Rolle im Kampf der Arbeiterbewegung.

WARUM IST ENGELS HEUTE NOCH AKTUELL?

Marx und Engels erkannten: „Die Arbeit und die Natur sind die Quelle allen Reichtums.“ Heute sehen wir, dass sie Recht behalten sollten. Für Maximalprofite betreiben die weltweit größten Konzerne heute einen folgenschweren und unwiderruflichen Raubbau an der Natur. Autokonzerne wie VW, Daimler & Co. betrügen bei Abgaswerten, Energiekonzerne wie RWE wollen noch Jahrzehnte auf Kohleenergie setzen, machen dafür ganze Gebiete unbewohnbar und treiben unseren Planeten in eine Klimakatastrophe. Gleichzeitig steigt die Ausbeutung: Löhne sinken, Armut nimmt stark zu und immer größerer Reichtum sammelt sich in den Händen weniger Kapitalisten. Allein in Deutschland besitzen 45 Superreiche mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Weltweit erheben sich die Menschen gegen die Probleme des kapitalistischen Systems; von den Gelbwesten in Frankreich und den Millionen Streikenden in Indien bis zu den gegen Unterdrückung kämpfenden Frauen in Lateinamerika – sie alle stehen für ihre Befreiung ein. Die revolutionäre Alternative zu diesem menschenverachtenden System begründeten Engels und Karl Marx mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, welcher das Fundament für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur schafft. Wer Friedrich Engels also gedenken und ehren will, wird sich mit dieser immer noch aktuellen Alternative befassen müssen.

Wer wir sind:

Resistance hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine alternative Informationsquelle zu sein, welche mit einer revolutionären Perspektive auf die Welt schaut und mit einem kritischen Blick über das Weltgeschehen, die Politik und die gesellschaftlichen Probleme berichtet.

Unser Stift schreibt nicht für Profit und verdunkelt nicht die Machenschaften der Herrschenden. Unser Stift schreibt einzig und allein für die Ausgebeuteten und Unterdrückten.

resistance.int@gmail.com **resistance.international** **Resistance.Int**